

Poßener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Bureau.
In Poßn außer in der
Expedition dieser Zeitung
Wilhelmsr. 17
bei C. H. Ulrich & Co.
Bretterstraße 14
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Gräb bei L. Streisand,
in Lüderitz bei Ph. Matthias.

Mr. 347.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Poßn 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postkantinen des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. Mai.

Annoncen-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1880.

Amtliches.

Berlin, 20. Mai. Der König hat den bisherigen Geh. Oberfinanz-Rath Roetger zum Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Direktor der Abtheilung für Domänen im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den Landgerichts-Direktor Schulze in Bromberg zum Präsidenten des Landgerichts in Königsberg, den Regierungs-Rath Albert Ferdinand Böttcher zu Berlin zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten, und den Regierungs-Rath und Richter zum Amtsrichter zu ernennen; sowie dem Landrat Olearius im Kreise Reichenbach und dem Landrat v. Knebel-Doeberis im Kreise Neumarkt den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen.

Der König hat den Oberpfarrer Sior am Dom zu Havelberg zum Superintendenten der Diözese Havelberg-Wilsnack, Regierungs-Bezirk Potsdam, und den Superintendentur-Vorwerker, Pastor Otto Leopold Friedemann in Greifswald zum Superintendenten der Synode Greifswald i. Pomm., Regierungs-Bezirk Stettin, zu ernennen.

Bei der Andreas-Realschule in Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Heinrich Alexander Bieling zum Oberlehrer genehmigt worden.

Dem Ober-Regierungs-Rath Albert Ferdinand Böttcher ist die Stelle als Dirigent der Kirchen- und Schulabtheilung bei der Regierung in Köslin übertragen worden.

Dem Forstmeister Freiherrn von Maassenbach zu Wiesbaden ist die durch den Tod des Oberforstmeisters Freiherrn von Graß erledigte Forstmeisterei Wiesbaden-Wiesbaden übertragen worden. Der Oberforstmeister von Bothmer zu Mariensee ist auf die durch den Tod des Oberforstmeisters Glimmann erledigte Oberforstmeisterei Bevensen, mit dem Amtssitz zu Medingen in der Provinz Hannover versetzt worden.

Vom Landtage.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 20. Mai. 12 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg mit zahlreichen Kommissarien.

Seit seiner letzten Sitzung am 20. Februar hat das Haus sechs Mitglieder durch den Tod verloren: die Abg. Zimmermann, Schopis, Bülfuschein, v. Kraatz-Kochslau, Steinecke und Dr. Techow. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Gegenwärtig ist vom Kultusminister der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Äänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, das Haus tritt in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung ein. Titel I. (Grundlagen der Organisation SS 1–7) wird vorläufig zurückgestellt.

Titel II. beschäftigt sich in 4 Abschnitten mit den Verwaltungsbehörden: 1) Provinzialbehörden, 2) Bezirksbehörden, 3) Kreisbehörden und 4) Behörden für den Stadtkreis Berlin. In der Vorlage waren Provinzial- und Bezirksbehörden in einen Abschnitt zusammengefaßt; die Kommission hat hierin eine Trennung vorgenommen und deshalb die Kommission umgestellt.

§ 8 lautet: An der Spitze der Verwaltung der Provinz steht der Oberpräsident. Demselben wird ein Oberpräsidialrath und die erforderliche Anzahl von Räthen und Hülfssarkeiten beigegeben, welche die Geschäfte nach seinen Anweisungen bearbeiten.

Abg. v. Lieberman beantragt folgenden Zusatz: „Auch ist der Oberpräsident befugt, die Mitglieder der an seinem Amtssitz befindlichen Regierung sowie die dem Regierungspräsidenten daselbst beigezogenen Beamten zur Bearbeitung der ihm übertragenen Geschäfte heranzuziehen.“ Denn es würde unmöglich Kosten verursachen, wenn man für den Oberpräsidenten und den an denselben Orte befindlichen Regierungspräsidenten doppelte technische Beamten anstellen wollte.

Referent Abg. Gneist hat keine sachlichen Bedenken gegen den Antrag und das Haus genehmigt ihn fast einstimmig; ebenso ohne Bedenken den § 9, der die Stellvertretung des Oberpräsidenten regelt.

Nach § 10 soll der Provinzialrath bestehen aus dem Oberpräsidenten, beziehungsweise dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, aus einem vom Minister des Innern auf die Dauer seines Hauptamtes ernannten höheren Verwaltungsbeamten und 5 gewählten Mitgliedern.

Nach dem Kommissionsbeschuß sollen diese Mitglieder vom Provinzialausschuß aus den zum Provinziallandtag wählbaren Provinzialangehörigen, nach der Regierungsvorlage aus der Mitte des Provinzialausschusses gewählt werden.

Abg. v. Winsinger beantragt, die Vorlage wiederherzustellen; allerdringend sucht man einen gewissen Unterschied zwischen den Geschäften des Provinzialrathes und des Provinzialausschusses zu statutieren; dem ersteren sollen die mehr staatlichen, dem letzteren die kommunalen Geschäfte der Provinz zufallen. Eine so strenge Scheidung des Provinzialrathes aus dem Provinzialausschuß hervorgehen zu lassen, weil eine Trennung in den Personen den einheitlichen Charakter der Provinzialinstanz beseitigen würde.

Abg. v. Wedell-Piesdorf kann die Notwendigkeit einer Personalunion nicht aner kennen; dieselbe sei viel notwendiger in der Bezirksinstanz, in welche jetzt das Schwergewicht der Verwaltung falle.

Es sei sogar erwünscht, daß einige Mitglieder des Provinzialrathes auch im Bezirksausschuß sitzen; dadurch werde die Einheitlichkeit der Handhabung der Gesetze herbeigeführt. Wenn aber Demandation im Provinzialrath und Provinzialausschuß sitze, werde er sich noch ein drittes Ehrenamt im Bezirksausschuß anzunehmen.

Wedder bittet deshalb um Annahme des Kommissionsbeschlusses, der übrigens nicht ausdrücklich, auch sämtliche Mitglieder des Provinzial-

rates aus dem Provinzialausschuß zu nehmen.

Abg. v. Bend schließt sich dem Vorredner an; die Praxis werde deshalb führen, daß einige Mitglieder des Provinzialausschusses in den Provinzialrath kommen. Zu welchen Konsequenzen die Regie-

rungsvorlage führe, beweise die Provinz Brandenburg, deren Provinzialausschuß aus 9 Mitgliedern bestehe; davon seien zwei Landräte, die zum Provinzialrath nicht wählbar seien, und zwei bürgerliche Mitglieder, denen man nicht zumuthen könne, auch noch im Provinzial-

rath sitzen; es finde also gar keine Wahl mehr statt, sondern die übrigen fünf Mitglieder seien geborene Mitglieder des Provinzialrathes.

Auch die Abg. v. Gruene und v. Rauch haupt erklären sich in demselben Sinne; letzter weist darauf hin, daß in Pommern ähnliche Verhältnisse wie in Brandenburg vorhanden seien; im Provin-

zialausschuß seien auch bürgerliche Mitglieder, die im Provinzialrath keinen geeigneten Platz finden, weil derselbe zum großen Theil die Aufsichtsinstanz über die großen Städte sei; deshalb müsse man aus den übrigen wählbaren Provinzial-Angehörigen solche auswählen können, die namentlich in Bezug auf städtische Angelegenheiten kompetent seien.

Der Antrag des Grafen Winsingerode wird darauf mit sehr erheblicher Mehrheit abgelehnt und § 10 nach dem Kommissionsbeschuß genehmigt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die §§ 11–15, welche die Ausführungsbestimmungen zu dem oben angenommenen Paragraphen enthalten.

Nach § 16 tritt an die Spitze der Bezirksregierung am Sitz des Oberpräsidenten unter Wegfall des Regierungs-Bezirkspräsidenten ein Regierungspräsident; nach § 17 soll die Regierungsabtheilung des Innern aufgehoben und die Geschäfte derselben dem Regierungspräsidenten übertragen werden.

Beide Paragraphen werden ohne Debatte genehmigt.

Die folgenden §§ 18–23 regeln die Organisation der einzelnen Bezirksregierungen. Nach § 18 soll dem Regierungspräsidenten für die ihm persönlich übertragenen Angelegenheiten ein Oberregierungsrath und die nötigen Räthe und Hülfssarbeiter, von denen mindestens einer die Bekämpfung zum Richteramt haben muß, beigegeben werden; der Oberregierungsrath hat nach § 19 den Regierungspräsidenten zu vertreten. § 20 bezieht sich auf die Regierung in Stralsund; nach § 21 sollen bei den Regierungen in Danzig, Erfurt, Münster, Minden, Arnswalde, Köln, Aachen und Trier besondere Abtheilungen für Kirchen- und Schulsachen eingerichtet werden; § 22 überträgt die Befugnisse der landwirtschaftlichen Abtheilungen einzelner Regierungen auf die Generalkommission. Im Übrigen bleiben die Befugnisse der Regierungen bestehen, nur soll nach § 23 der Regierungspräsident das Recht haben, Beschlüsse der Regierung oder einer Abtheilung derselben, mit denen er nicht einverstanden ist, außer Kraft zu setzen; sofern er Aufenthalt für nachtheilig erachtet, kann er nach seiner Ansicht und auf seine Verantwortung Anordnungen treffen; auch kann er sonst bei eiligen Sachen oder wenn er an Ort und Stelle ist und es für notwendig hält, sofortige Anordnungen treffen.

Die §§ 18–20 werden ohne Debatte genehmigt. § 21 wird auf den Vorschlag der Abg. Brüel und Frhr. v. Heereman unter dem Vorbehalt angenommen, daß die Erörterung und Beschlussfassung über den Geltungsbereich des Gesetzes dadurch nicht beeinträchtigt werden soll und auf die Frage des Geltungsbereichs noch in zweiter Lesung zurückgekommen werden könnte.

§ 22 wird ohne Diskussion genehmigt.

Abg. Brüel erklärt sich gegen die im § 23 beabsichtigte Erweiterung der Befugnisse des Regierungspräsidenten, zu der kein Grund vorliege, und die namentlich in den westlichen Provinzen als eine Übertragung des Geistes der Verwaltung im Osten auf den Westen verstanden werden würden. Er behalte sich einen Antrag für die dritte Lesung vor.

Abg. Zelle beantragt, den § 23 so zu fassen: „Im Übrigen bleibt die bisherige Verfassung der Regierung bestehen.“ Man habe durch Aufhebung der ersten Abtheilung der Regierung das Bureaucratisches erheblich erweitert. Wollte man aber die zweite und dritte Abtheilung nicht zu einem Scheinkollegium erneuern, so dürfe man dem Präsidenten nicht das Recht einräumen, die Beschlüsse des Kollegiums aus eigener Machtwillkür aufzuheben. Durch Annahme seines Antrages würde die Instruktion von 1817 und ihre Zusätze, die bisher sich bewährt hätte, bestehen bleiben.

Abg. v. Wedell-Piesdorf bittet die Beschlüsse der Kommission anzunehmen. Der Paragraph habe nicht die Bedeutung, die ihm der Vorredner beilege. Schon jetzt habe ein tüchtiger Regierungspräsident soviel Einfluss auf sein Kollegium, daß dasselbe wohl niemals Beschlüsse fassen werde, die er wieder aufzuheben Veranlassung habe. Dem Abg. Brüel wolle er bemerken, daß es ihm scheine, als ob der Osten mehr von den Verwaltungsprinzipien des Westens beeinflußt werde als umgekehrt. Den Fall, daß ein Präsident faktisch in gewaltssamer Weise über die Köpfe seines Kollegiums hinweg wirtschaftete, halte er für unmöglich. Röthigenfalls sei ja aber auch der Minister da, um Abhilfe zu schaffen.

Abg. v. Heereman hält die Bestimmungen dieses Paragraphen für nicht ganz ohne Gefahr. Die Befugnisse des Präsidenten würden dadurch erweitert, obgleich der bisherige Umfang derselben sich als völlig ausreichend erwiesen hätte. Wenn er auch nicht erwarte, daß von dieser Bestimmung ein exzessiver Gebrauch gemacht werde, so werde er doch dem Antrag Zelle zustimmen und bitte, um jedes Bedenken der Regierung zu beseitigen, den (gesperrt gedruckten) Schlufsat des Kommissionsantrages anzunehmen.

Minister Graf zu Eulenburg stimmt den Ausführungen des Abg. v. Wedell-Piesdorf zu. Bereits jetzt habe der Regierungspräsident die Befugnis einen Beschluß des Kollegiums zu beanstanden und die Entscheidung einer höheren Instanz anzuordnen; dazu solle jetzt nur noch die Bestimmung kommen, daß er, wenn Gefahr im Verzuge sei, sofort selbstständig beschließen könne. Die Notwendigkeit und der Nutzen dieser Vorschrift sei unbestreitbar; in Hannover, wo man mit Eifersucht die kollegiale Verfassung bewache, besthehe dieselbe seit 1852, ohne Anstoß zu erregen.

Abg. Windhorst will darauf aufmerksam machen, daß nach Wegfall der politischen Abtheilung der Regierungspräsident schon erheblich freiere Bewegung erhalten. Der zweiten Abtheilung würde hauptsächlich die Verwaltung der Kirchen und Schulen zufallen. In der alten guten Zeit sei es Sitte gewesen, daß diese Sachen von Männern entschieden wurden, die der entsprechenden Konfession angehörten; sollte man zu solchen Zeiten zurückkehren, was er allerdings noch nicht wisse, so würde die Bestimmung des § 23 und die selbstständige Entscheidung des Präsidenten doch illusorisch werden. Er bitte alle diejenigen, die dergleichen Dinge sachlich und nicht diktatorisch behandelt wissen wollten, für den Antrag Zelle zu stimmen.

Abg. Hahn (Bromberg) tritt für den Kommissionsantrag ein. Die Bedenken Windhorsts trafen die Sache nicht. Es mache keinen Unterschied, ob der Regierungspräsident oder der Oberpräsident in Sachen der Schule und Kirche entscheide, da dieselben kirchenpolitischen Rücksichten bei beiden maßgebend seien könnten.

Abg. Brüel hat nicht sowohl Befürchtungen vor dem praktischen Missbrauch der Vorschrift, sondern hält es überhaupt für einen Fehler, wenn dieselbe überhaupt im Gesetz stehe, da schon dadurch die Mitglieder des Kollegiums erheblich beeinflusst werden würden.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschwerte Petition über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Abg. Windhorst: Die Bestimmung würde überall da als unzulässig empfunden werden, wo man wirklich kollegiale Behörden kenne. Dem Abg. Hahn wolle er bemerken, daß die Regierung bei der Auswahl der Oberpräsidenten immer Rücksicht auf die Befähigung und Unparteilichkeit nehme, bei den Regierungspräsidenten sei das nicht immer möglich, bei der großen Zahl derselben. Er wisse aus Erfahrung, daß nur sehr wenige Beamte sich zu Regierungspräsidenten eigneten, daher wolle er die Rechte derselben in keiner Weise so ausgestrahlt wissen, wie der Kommissionsbeschuß dies beabsichtige. Die Herren aus dem Osten hätten nicht das richtige Verständniß für diese Klagen, da sie die bevorzugten Kinder des Staates seien. (Widerspruch rechts.) Wer das nicht glaube, möge sich die Listen der Arme und der höheren Beamten in Rheinland und Westfalen ansehen. Auf diese Verhältnisse bitte er Rücksicht zu nehmen und die Beamten, die man ihnen aus dem Osten schickte und deren Wille vielleicht der beste sei, nicht mit so erheblichen Machtbefugnissen ausstatteten. Die Frage bleibe ja offen, ob eine bürokratische oder kollegiale Verwaltung vorzuziehen sei; gerade unter dem Fürsten Reichsfanier habe das bürokratische System ein so erhebliches Übergewicht gewonnen, daß wenig Hoffnung auf die Befreiung derselben sei. Aber gerade der kollegiale Charakter habe die Verwaltung so vortrefflich und vertrauenswürdig gemacht, wie es dem bürokratischen System nimmer gelungen sein würde. (Sehr richtig!) Er bitte, für den Antrag Zelle zu stimmen.

Frhr. v. Zedlitz: Es handle sich nicht um das Prinzip der Bürokratie oder Kollegialität, sondern um den Antrag Zelle und den Kommissionsbeschuß, die sich nur in dem einen Punkte unterschieden, ob der Präsident in dringenden Fällen das Recht der sofortigen selbstständigen Entscheidung haben solle. Dieser auf einen Nothfall begrenzte Erweiterung der Macht des Regierungspräsidenten könnten alle Parteien zustimmen.

Abg. Zelle sucht nachzuweisen, daß die von v. Heereman beantragte Annahme des Schlufzes der Regierungsvorlage nicht notwendig sei, weil die geltenden Instruktionen bereits dem Präsidenten die in denselben ausgedrückte Befugnis zuertheilen und ihn nur verpflichteten, dem Kollegium über seine Entschließungen Mittheilung zu machen.

Abg. Graf Winsingerode: Die Mitglieder des Zentrums versuchten dem Paragraphen eine Bedeutung zu geben, die man nur mit Zwang in denselben hineinbringen könnte. Er werde für denselben stimmen, weil dadurch eine in den bisherigen Instruktionen bestehende Lücke ausgefüllt werden würde.

Nachdem noch der Referent Abg. Gneist angeführt, daß die Kommission zu ihrem Beschuß gekommen sei, weil die dem Regierungspräsidenten zu ertheilende Machtbefugnis eigentlich schon seit 1817 besteht, ohne daß die Kollegialität gelitten habe, wird der Antrag Zelle gegen die Stimmen des Zentrums, Fortschritts und eines Theiles der Nationalliberalen abgelehnt, der Antrag der Kommission mit schwacher Majorität genehmigt.

Die Diskussion der §§ 24–26, welche sich auf die Provinz Hannover beziehen, wird vorläufig ausgesetzt. Mit § 27 beginnt der Abschnitt über den „Bezirksschulz“, der bestreitete und wichtigste des ganzen Gesetzes. Das Haus tritt nicht mehr in die Beratung desselben ein, sondern vertagt sich um 2½ Uhr bis Freitag, 12 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Organisation der Landesverwaltung.)

Politische Übersicht.

Posen, 21. Mai.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, mit welcher die Nachsitzung des Landtages eröffnete, zeigte gleich zu Anfang ein gut besetztes Haus. Die zweite Lesung des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung wurde nicht wesentlich gefördert, da sich das Interesse auf die bereits zur Vertheilung gelangte kirchenpolitische Vorlage konzentrierte und das Haus sehr bald einem gestellten Vertagungsantrag Folge leistete. Der eben erwähnte Gesetzentwurf ist wesentlich umfangreicher und eingreifender, als man es glaubte erwarten zu dürfen. Derselbe ist bereits unter den Spezialtelegrammen unserer Morgennummer mitgetheilt worden. Durch denselben wird die diskretionäre Gewalt, abgesehen von den Fällen, wo eine Königl. Verordnung Platz greift, in der Hände des Staatsministeriums gelegt, der Kultusminister für sich allein erhält, mit einer Ausnahme, keine selbständige Entscheidung. Daneben wird den Oberpräsidenten eine weitgehende Befugnis eingeräumt, die Verfolgung von Zu widerhandlungen gegen die Gesetze zu hindern. Wir werden auf die Vorlage näher einzugehen noch wiederholte Gelegenheit haben. Für jetzt fügen wir nur noch die Bemerkung hinzu, daß die Motive sich auf kurze Erläuterungen der 11 Artikel des Gesetzentwurfs beschränken. Im Eingange ist gesagt, daß die Verhandlungen mit der römischen Kurie „bei ihrer Fortsetzung stets zu den Anfängen unangegangen“ seien. Der Abg. Windhorst will darauf aufmerksam machen, daß nach Wegfall der politischen Abtheilung der Regierungspräsident schon erheblich freiere Bewegung erhalten. Der zweiten Abtheilung würde hauptsächlich die Verwaltung der Kirchen und Schulen zufallen. In der alten guten Zeit sei es Sitte gewesen, daß diese Sachen von Männern entschieden wurden, die der entsprechenden Konfession angehörten; sollte man zu solchen Zeiten zurückkehren, was er allerdings noch nicht wisse, so würde die Bestimmung des § 23 und die selbstständige Entscheidung des Präsidenten doch illusorisch werden. Er bitte alle diejenigen, die dergleichen Dinge sachlich und nicht diktatorisch behandelt wissen wollten, für den Antrag Zelle zu stimmen.

Wie beschaffen die Argumente sind, zu denen die offiziellen Gegner der Freihafensetzung Hamburgs ihre Zuflucht nehmen, mögen folgende Proben beweisen. Achtundfünfzigtausend Einwohner von Hamburg haben an den Bundesrat einen energischen Protest gegen die Vergewaltigung ihres verfassungsmäßigen Rechts abgesandt. Darüber redet die „Nord. Allg. Blg.“ natürlich nicht. Aber sie macht viel Aufhebens von einer Petition für den Zollanschluß, welche ihrer Angabe nach 250, sage zweihundertfünfzig Unter-

schriften gefunden hat! — Der Abg. Delbrück hat ausgeführt, daß die Verlegung der Wasserzollgrenze nach Cuxhaven den gewaltigsten Schiffsverkehr Deutschlands, denjenigen vom Hamburg, Altona und Harburg auf das Neuerste schädigen würde. Dem gegenüber füllt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fast eine ganze Spalte mit dem Abdruck einer Beschwerde des Gemeindevorstands von — Aßel, einem Ort mit 2600 Einwohnern, der so unbedeutend ist, daß ihm die Zollverwaltung nicht einmal ein eigenes Nebenzollamt konzedieren will. Der Schiffsverkehr dieses Ortes wird durch die gegenwärtig am Ufer der Unterelbe entlang laufende Zollgrenze gestört; zur Abhilfe dieses Nebelstandes empfiehlt die „Nord. Allg. Ztg.“, die Zollgrenze an die Mündung der Elbe zu verlegen. Daß den braven Aßelern einfach durch Bewilligung des vorenthaltenen Nebenzollamtes wesentlich geholfen werden könnte, kümmert sie dabei nicht. Um den Bewohnern von Aßel den „enormen Zeitverlust“ bei der Zollrevision abzunehmen, soll er dem hamburgischen Welt Handel auferlegt werden. Leben wir im Karneval?

In einem Artikel über die beendigte Reichstagsession zieht die „Provinzial-Korrespondenz“ die Linien des Verhältnisses zwischen dem Reichskanzler und den Parteien; sie erinnert daran, wie Fürst Bismarck schon im vorigen Jahre die Abwendung von den Nationalliberalen nur als eine vorübergehende aufgefaßt und bezeichnet habe und schließt wie folgt:

„Seitdem ist das Vertrauen und der unterstützungsbereite Wille der national liberalen Partei gegenüber dem Kanzler und seinem Wirken wieder gewachsen, wie sich in der Annahme der Verlängerung des Sozialistengesetzes und des Heeresgesetzes im Reichstag, wie schon im Landtag bei anderen wichtigen Beschlüssen deutlich genug befundet hat. Allein die national liberale Partei ist zu einer stetigen Unterstützung der Wege des Kanzlers im Reich und in Preußen nicht gelangt und scheint das Ziel derselben nicht erkannt zu haben oder die Ankündigung derselben nicht mit ganzem Vertrauen aufzunehmen. An dieser Haltung scheiterte das Zusammenwirken der drei Bataillone, welche der Reichskonservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen, zur Unterstützung der vom Kanzler unter Zustimmung der verbündeten Regierungen verfolgten Politik und der einzelnen von letzterer bedingten Maßregeln. Diesem Umstand muß die Unfruchtbarkeit der verflohenen Session beigemessen werden. Denn so oft die Nationalliberalen oder nur der größere Theil derselben sich von der regierungsfreundlichen Majorität trennte, fand er in der um das Zentrum geschaarten, stets zur Befämpfung des Kanzlers entschlossenen Opposition das Gewicht, welches die Waagschale gegen die Regierung sinken mache. Auf die Thatfache dieser Opposition und auf die Pflicht, derselben nicht zu dienen, wenn man dem Kanzler die Fortführung seines Amts möglich machen und nicht darauf hinzuarbeiten will, daß dem Zentrum die Zügel des Reichs in die Hand gegeben werden müssen, hat der Kanzler in seiner Rede vom 8. Mai hingewiesen.“

Die Radikalen und Anhänger der Kommune in Paris erheben mehr wie je ihr Haupt und glauben es bereits wieder an der Zeit, in einem großen öffentlichen Demonstrationsakt von ihrer Existenz Zeugnis ablegen zu sollen. Am nächsten Sonntag, dem 23. Mai, ist der Jahrestag der gewaltfaamen Bewältigung der Kommune von 1871; für diesen Tag haben ihre Anhänger eine Riesenprozession verkündet, die vom Bastilleplatz nach den Gräbern der gefallenen Kommunisten sich bewegen soll. Selbstverständlich hat die Regierung diese Prozession sofort verboten und zwar unter Androhung nachdrücklichster Anwendung von Gewalt. Es bleibt abzuwarten, ob — wie man hierauf laut verkündet hat — diesem Verbot mit offner Auflehnung trocken und dadurch blutige Scenen herausbeschwören wird.

In Nord-Albanien ist äußerlich in der letzten Woche keine Veränderung eingetreten. Noch immer stehen die Montenegriner bei Podgorica und in der Kuzi-Krajna 6000 Mann stark und fürchten einen Angriff der Albanesen, während die Albanesen mit 16,000 Mann Tufi und Umegend besetzt halten und einen Angriff der Montenegriner fürchten. Man kann also keiner der beiden Parteien leichtfertige Kriegslust vorwerfen und dennoch ist die Situation bedenklich, weil auf beiden Seiten die Lebensmittel zu fehlen anfangen, der Albanese aber sowohl wie der Montenegriner leicht gefährlich wird, wenn ihn der Hunger quält. Das numerische Übergewicht auf Seiten der Albanesen macht die Verpflegungsfrage zwar bedenklicher, aber andere Umstände lassen sie minder gefährlich erscheinen, als in den ersten Tagen der Erhebung. Man erfährt nämlich, daß die Truppen der Liga nicht sonderlich gut bewaffnet sind, während die montenegrinischen Truppen weit bessere Waffen haben, Artillerie besitzen und günstigere Stellungen einteilten. In Scutari fürchtet man daher, daß wenn es zum Zusammenstoß kommt, der Ausgang für die Liga kein glücklicher sein wird. Dazu kommt noch, daß die Führer unter sich uneinig sind. Die einen wollen zur Offensive übergehen, die andern die Entwicklung der Dinge abwarten. Am 18. Mai sollte in Tufi eine große Versammlung der Liga-Häupter und der Altesten der nord-albanischen Stämme stattfinden. Vom Resultat ihrer Berathung ist noch nichts weiter bekannt geworden, als daß gegenüber den Gerüchten von einer Okkupation Albaniens durch italienische Truppen, alle erklärt, sich jeder fremdländischen Okkupation mit den Waffen widersezen zu wollen.

Nach einer von Charum nach Kairo ge langten Nachricht ist es dem österreichischen Afrikareisenden Marno nach fünfmonatlicher mühevoller Arbeit gelungen, sich um die egyptischen Verkehrsverhältnisse ein bedeutendes Verdienst zu erwerben, indem er die durch 20 Monate verwachsene Sperr am weissen Nil durchbrochen und auf diese Weise die Schiffahrt dem Handel und Verkehr wieder eröffnet hat. Marno hat auch bereits in Begleitung des Photographen Buchta, gleichfalls eines Österreichers, eine Probefahrt am Bord des kleinen Regierungsdampfers unternommen, ist bis Ladova vorgedrungen und glücklich zurückgekehrt. Marno wurde von (dem mittlerweile abberufenen) Gordon Pascha zum Mudir einer der Provinzen Sudans ernannt.

Wie aus Afghanistan gemeldet wird, ist die Antwort Abdurrahmans auf das ihm be-

dingungsweise gemachte Angebot der Einsetzung als Emir von Kabul noch nicht eingetroffen und wird wahrscheinlich erst in etwa acht Tagen anlangen. Im Falle der Annahme würde er voraussichtlich ohne Verzug nach Kabul kommen, um die genaueren Bedingungen kennen zu lernen, unter welchen die Engländer seine Ansprüche auf die Emirwürde unterstützen wollen. Jedenfalls darf er dabei nicht auf eine tatsächliche Unterstützung der englischen Truppen rechnen; denn es scheint festzustehen, daß diese sofort nach seiner etwaigen Anerkennung zurückgezogen werden sollen. Die bereits vor längerer Zeit als bevorstehend gemeldete Anerkennung des Balis von Kandahar als von Afghanistan unabhängigen Herrschers ist am 11. durch Einhändigung des bezüglichen Schreibens des Vizekönigs von Indien an Sirdar Schir Ali in aller Form und unter entsprechenden Ceremonien erfolgt. Nur die verspätete Ankunft der nach orientalischem Brauche mit dem Briefe zu übergebenden Geschenke hat dessen Überreichung so lange verzögert. Die Geschenke bestanden in einem Schwert, einer mit Diamanten besetzten Uhr nebst Kette, einem Silbergeschirr, seidenen und sammetnen Stoffen.

Wohl, um einem „längst gefühlten Bedürfnisse“ abzuhelfen, hat die Insel Kubá sich von dem Insurgentenführer Calixto Garcia mit einer republikanischen Regierung form beschenken lassen. Derselbe, ein alter Rebellenchef, war vor Kurzem mit einigen Abenteurern auf der Insel gelandet und hat sich in die unzugänglichen Regionen der Sierras del Cabo zurückgezogen, wo ihm der General Blanco hart auf den Fersen sitzt. Das republikanische Vergnügen dürfte sonach nicht von langer Dauer sein.

Die an dem durch die Landenge von Panama projektierten interozeanischen Kanal vorzugsweise interessirte Republik Columbia hat, gleichzeitig mit dem Präsidenten des Bundesstaates Panama, die Befehlshaber zweier mit Vermessungen behufs Anlage von Kohlenstationen beschäftigter nordamerikanischer Kriegsschiffe in jenen Gewässern ersuchen lassen, ihre Arbeiten vorläufig einzustellen. Es gewinnt sonach den Anschein, als wäre man in Kolumbien über die letzten Ziele der Unionspolitik, was den in Rede stehenden Kanal angeht, keineswegs beruhigt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 20. Mai. [Der kirchenpolitische Gesetzentwurf. Altona und die Zolllinie. Freihandelsverein.] Der zur allgemeinen Überraschung heute bereits im Abgeordnetenhaus vertheilte Gesetzentwurf über Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze hat unsere jüngste Andeutung, daß es sich dabei u. A. um Änderung organisatorischer Bestimmungen der katholischen Gesetzgebung handle, voll auf bestätigt, und auch in der Forderung diskretionärer Befugnisse für die Staatsregierung bei der Anwendung derjenigen Bestimmungen, welche bestehen bleiben, geht der Entwurf soweit, daß die Zustimmung der Liberalen bei aller Sehnsucht nach der Einigung der kirchenpolitischen Wirren auf große Schwierigkeiten stoßen muß. Was die diskretionären Befugnisse betrifft, so wird zunächst die Grundlage der gesammten neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung, die Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen, völlig dem Ermessen der Regierung anheimgestellt. Würde der Artikel 1 des Entwurfs angenommen, so könnte sie nicht blos das Staatsexamen der Geistlichen nach Beleben gestalten, sondern selbst von der Vorschrift, daß die künftigen Kleriker ein Gymnasium absolviert und die Universität besucht haben müssen, dispensiren. Daß eine derartige Befugnis für die Dauer verlangt wird, geht über das Maß derselben hinaus, was man bisher vermutete. In das Ermessen der Regierung wird ferner gestellt, ob von einem Bestimmungsweser die im Jahre 1874 neu veschriebene eidliche Verpflichtung verlangt werden soll, welche lediglich dahin geht, die Staatsgesetze beobachten zu wollen. In das Ermessen der Regierung wird weiter gestellt, ob die Einleitung einer kommissarischen Verwaltung im Falle der Erledigung eines Bischofes eintreten soll, während sie jetzt nach dem Gesetz unter allen Umständen erfolgen muß. Indem eine solche Befugnis ferner bezüglich der Anordnung einer Gemeindewahl behufs Besetzung vacanter geistlicher Stellen verlangt wird, welche von der kirchlichen Behörde nicht neu besetzt werden, verlieren die betreffenden Gemeinden das bezügliche, ihnen jetzt nach dem Gesetz zustehende Recht, von dem freilich nur selten Gebrauch gemacht worden ist. Indem ferner der Art. 8 des Entwurfs dem Staatsministerium unbedingt die Weisung aufnahme eingestellt ist, aus Staatsmitteln an Geistliche überlässt, gestattet er, von der für einen solchen Fall bestehenden gesetzlichen Voraussetzung der Verpflichtung zum Gehorsam gegen die Staatsgesetze zu dispensiren. Minder bedenklich, als viele dieser Vorschriften, wird wohl Art. 4 erscheinen, wonach einem abgesetzten Bischof von dem Könige die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diözese wieder ertheilt werden kann. Wir haben früher berichtet, daß die Personalfrage infofern in den Verhandlungen mit der römischen Kurie eine bedeutende Rolle gespielt hat, als die Zulassung eines oder zweier der abgesetzten Bischöfe auch staatlicherseits nicht für undisputirtbar erklärt worden ist. Eine von den minder verfänglichen Bestimmungen des Entwurfs ist auch Art. 3, dessen Zweck ist, durch Erkenntnis des kirchlichen Gerichtshofs künftig nicht die Entlastung aus dem Amt aussprechen zu lassen, woran man klerikal seits bekanntlich aus Gründen des kanonischen Rechts den stärksten Anstoß nahm, sondern nur auf Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes, womit der Verlust des Amtseinkommens und die sonstigen gesetzlichen Folgen verbunden sein sollen. Ein prinzipiell sehr tief eingreifendes Zugeständniß des Staates dagegen ist im Art. 2 enthalten, indem dieser auf Grund des Gesetzes über die Anwendung

kirchlicher Disziplinarmittel künftig nur dem Oberpräsidenten die Berufung an die Staatsbehörde zugesteht, d. h. der betroffene Geistliche soll fortan nicht mehr die Möglichkeit haben, gegen seine Disziplinierung den Staat anzuwalten. Die Bestimmung betrifft der Krankenpflege sich beschäftigenden kirchlichen Orden bedingt eine Neuerung insofern, als den bestehenden Niederlassungen derartiger Orden bisher die Aufnahme neuer Mitglieder gestattet werden konnte, während die Minister des Innern und des Kultus künftig ermächtigt sein sollen, auch die Errichtung neuer Niederlassungen solcher Genossenschaften zu erlauben. Der Art. 11, welcher von dem Vorsitz in dem Kirchenvorstand katholischer Kirchengemeinden handelt und bestimmt, daß die gesetzlichen Anordnungen darüber durch königliche Verordnung anderweitig geregelt werden können, hat, wie sich aus den Allegaten ergibt, den Zweck, zu ermöglichen, daß der Pfarrer Vorsitzender des Kirchenvorstandes wird, was in dem betreffenden Gesetz abschließend ausgeschlossen war. Wie man aus dieser kurzen Übersicht ersieht, enthält der Gesetzentwurf ein sehr weites Entgegenkommen gegen die Forderungen des Klerikalismus. Es erscheint Angeichts derselben noch weniger als bisher ausgeschlossen, daß das Zentrum von dem ihm in der jüngsten Zeit zugeschriebenen Standpunkt absoluter Zurückweisung eines derartigen Gesetzes abgeht. — Gemäß § 26 der neuen Geschäftsordnung des Bundesthales ist über die mündlichen Verhandlungen seiner Ausschüsse Diskussion zu bewahren. Daraus erklären sich die unsicherer Nachrichten, welche über die gestrigen Verhandlungen betrifft der Einziehung Altona's in das Zollgebiet in den Zeitungen nur erscheinen; es ist aber als positiv anzusehen, daß der Anschluß Altona's durch die gestrigen Verhandlungen außer Zweifel gestellt ist und daß es sich nur noch um Einzelheiten der Ausführung handelt. — Der Freihandelsverein, welcher bisher nur durch Herausgabe der vortrefflichen „Freihandels-Korrespondenz“ und einzelner Flugschriften gewirkt hat, wird am Dienstag zum ersten Mal eine öffentliche Versammlung abhalten, in welcher der Abg. Dr. Bamberg einen Vortrag über die Frage halten wird: „Ist der Freihandel ein Reichsfeind?“

Vocales und Provociales.

Posen, 21. Mai.
 X [Auf den transatlantischen Auswander-Dampfern], deren Kapitäne in Folge der Sterblichkeit unter den Passagieren kürzlich in Amerika verhaftet worden sind, hat sich auch ein großer Theil der Auswanderer aus der Provinz Posen befinden. Der Dampfer „Ohio“, der 1342 Menschen nach Amerika brachte, hatte gegen 500 Polen aus dem Posenschen an Bord. Die auf diesem Dampfer verstorbene Kinder (13 an der Zahl) waren sämmtlich polnische schwächlich und kränklich gewesen seien, daß die Mütter den Kindern nicht die vorgeschriebene Arznei eingeben wollten, sondern lieber durch Gebete und durch „Beschwörung“ und „Besprenchen“ die Krankheit bannen wollten. Die polnischen Auswanderer dagegen behaupteten, daß sie auf feuchten Dielen hätten schlafen müssen und eine verpestete Luft eingetaucht hätten. Auch auf anderen bremerischen Dampfern, welche in Amerika landeten und Hunderte von posenschen Polen an Bord hatten, sind mehrere, fast durchgehends polnische Kinder gestorben. Das Elend, das die meist mittellosen polnischen Auswanderer in Amerika trifft, ist übrigens, wie man nun den polnischen Blättern aus Newyork schreibt, ein überaus trauriges. Die „Pos. Ztg.“ hatte schon längst warntend darauf hingewiesen, wie gerade der unbefohlene polnische Bauer, der keine andere Sprache kennt als die seines, der keine Fertigkeiten besitzt und nur die Ackerbestellung primitivster Natur versteht, drüben ein sehr schweres Fortkommen finden werde. Das Alles wird nun durch einen amerikanischen Korrespondenten der „Gazeta Lwowska“ (Lemberger Zeitung) bestätigt. Er weist darauf hin, daß die eingewanderten Polen wegen ihrer Mittellosigkeit, Rathlosigkeit und Unbefohlenheit meist der öffentlichen Wohlthätigkeit anheimfallen, und daß man in Folge dessen drüben in Amerika jeden Polen über die Achseln ansehe und von der polnischen Nation eine sehr niedrige Meinung habe. Ähnlich wie den Polen gehe es auch den slowakischen Einwanderern aus Ungarn. Gegen diese Art der Einwanderung seien auch vornehmlich die projektirten neuesten Maßregeln der Union gerichtet, um die Arbeitsunfähigen und die, welche der öffentlichen Mildthätigkeit anheimfallen, sofort nach Europa zurückzufinden.

△ Der Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowksi hat sich heute zur Inspektion des Amtsgerichts nach Schröda begeben.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Paris, 20. Mai. Bankausweis.
 Zunahme

Baarvorrath 3,738,000 Frs.
 Laufende Rechnungen der Privaten 24,033,000 "

Abnahme 24,681,000 "
 Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen 1,492,000 "

Notenumlauf 27,10,000 "
 Guthaben des Staatsschatzes 14,820,000 "

** London, 20. Mai, Abends. Bankausweis.
 Totalreserve 15,204,000 Abn. 651,000 Pfd. Sterl.

Notenumlauf 26,120,000 Abn. 1,124,000 "

Baarvorrath 27,324,000 Abn. 775,000 "

Portefeuille 19,739,000 Zun. 591,000 "

Guth. der Priv. 25,379,000 Abn. 202,000 "

do. des Staats 7,301,000 Zun. 170,000 "

Notenreserve 14,020,000 Abn. 534,000 "

Regierungssicherheit 15,673,000 Zun. 9,000 "

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 46% Proz.

Clearinghouse-Umsatz 124 Mill. gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Zunahme 15 Mill.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 20. Mai. Das „Dresdner Journal“ versichert, daß der Zweck und die Veranlassung der letzten Reise des Königs nach Berlin zu den jüngsten Vorgängen im Bundesrath und im Reichstage in keinerlei Beziehung stehe. Der Besuch am kaiserlichen Hofe sei eine längst beschlossene Sache gewesen, ehe jene Vorgänge sich ereignet hätten.

München, 19. Mai. Der Kaiser von Österreich ist heute Abend um 8 Uhr nach Penzing abgereist.

München, 20. Mai. Der frühere Kabinettssekretär Ziegler ist vom König zum Kabinetschef ernannt worden. Der bisherige Kabinetschef Müller ist in das Ministerium des Innern versetzt worden.

Wien, 20. Mai. Nach einer Meldung der „Wiener Abendpost“ hat vor dem Magistratsgebäude von Trawint (Bosnien) sich eine größere Volksmenge zusammengerottet und 19 wegen eines Exzesses verhaftete Bosnier befreit. Die Fenster wurden zertrümmert, die Gendarmerie und die Stadtpatrouillen wurden mit Steinen beworfen. Ein Polizeimann ist verletzt, einer der Exzedenzen verwundet. Die Ruhe wurde durch das Militär alsbald wieder hergestellt, vier der Rädelshörer sind verhaftet.

Wien, 20. Mai. Das Herrenhaus hat die Eisenbahnkonvention mit Serbien angenommen. — Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Athen von heute, daß der König und die Königin heute abgereist sind. Der König wird sich von Venetia aus nach Paris und die Königin nach Petersburg begeben. Die griechische Regierung hat aus Veranlassung der albanischen Bewegung die Zusammenziehung von Truppen an der türkisch-griechischen Grenze und auf Korfu angeordnet.

Paris, 20. Mai. Die von auswärtigen Blättern gebrachte Nachricht, daß der diesseitige Botschafter in Berlin, Graf St. Vallier, in der nächsten Zeit auf Urlaub hierher kommen werde, ist vollständig unbegründet. — Der französische Botschafter in London, Leon Say, stattete gestern dem Präsidenten Grévy einen Besuch ab und wird in den nächsten Tagen nach London zurückkehren.

Paris, 20. Mai. [Senat.] Nachdem ein Brief Martels, welcher aus Gesundheitsrücksichten seine Demission aufrecht erhält, zur Verlesung gelangt war, wurde die Wahl des neuen Präsidenten auf Dienstag festgesetzt.

London, 20. Mai. Die Thronrede, mit welcher heute Nachmittag das Parlament eröffnet wurde, bezeichnet die Beziehungen Englands zu allen fremden Mächten als herzliche und freudige Hoffnung aus, daß die Regierung im Einvernehmen mit den anderen Mächten in naher Zeit eine vollständige Ausführung des berliner Vertrages in Betreff der effektiven Einführung von Reformen und gleichmäßigen Gesetzen in der Türkei werde erreichen können. Auch territoriale Fragen seien noch nicht in Gemäßheit der Bestimmungen des berliner Vertrages geregelt, eine solche Ausführung des Vertrages sei aber durchaus wesentlich. Um neue Verwicklungen zu vermeiden, habe die Königin geglaubt, einen außerordentlichen Botschafter an den Sultan absenden zu sollen. Bezüglich Afganistans wird bemerkt, daß die Regierung beständig bemüht sei, eine Pazifikation des Landes zu erreichen, sowie Einrichtungen zu treffen, welche die Unabhängigkeit des afganischen Volkes sichern und geeignet sind, freundschaftliche Beziehungen mit dem indischen Reich wieder herzustellen. Die Rede spricht sich für eine Konföderation der süd-afrikanischen Kolonien, so wie für die Aufrechterhaltung der Suprematie im Transvaallande aus. Die Ausnahmegesetze in Irland würden nicht wieder erneuert werden, obwohl die Regierung fest entschlossen sei, Leben und Eigenthum zu sichern und die Ordnung aufrecht zu halten. Unter den angekündigten Vorlagen befindet sich ein Jagdgesetz, so wie ein Entwurf, durch welchen das Wahlrecht der irischen Wahlstrecken entsprechend demjenigen der englischen Wahlstrecken gestaltet werden soll.

Petersburg, 20. Mai. Nach einem heute veröffentlichten Bulletin fühlte sich die Kaiserin im Laufe der letzten Woche schlechter, die Krankheitssymptome traten deutlicher hervor, die Kräfte haben etwas abgenommen.

Petersburg, 20. Mai. Das „Journal de St. Petersburg“ bezweifelt die von verschiedenen Blättern gebrachte Melbung über Begnadigungsgefaue für den Mörder des Oberst Kummerau, welche, wenn sie wirklich versucht würden, resultlos bleiben müßten. Das Blatt fühgt hinzu, die Sicherheit der Ausländer und des diplomatischen Corps verlange eine Bestrafung des Mörders, welche neue Versuche von Fanatikern verhindern würde. Ein Gnadenakt würde bei der unwilligen, brutalen Bevölkerung als Schwäche gelten.

Washington, 19. Mai. Der Schatzsekretär Sherman hat für weitere 3,000,000 Dollars Bonds angekauft und zwar 6 Prozent. von 1880 zum Preis von 104,70 à 104,83, 6 Prozent. von 1881 zum Preis von 106,75 à 106,90 und 5 Prozent. zu 103,15 à 103,22.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 20. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen .	766,3	NW stark	wolfig	12,2
Kopenhagen .	761,7	SW leicht	bedeckt	8,5
Stockholm .	757,7	SW mäßig	bedeckt	5,2
Saparanda .	759,8	S leicht	wolfig	2,0
Petersburg .	763,1	NW still	halb bed.	2,6
Moskau .	fehlt			
Cork .	771,1	NW mäßig	heiter ¹⁾	13,9
Brest .	768,5	still	wolkenlos	13,7
Gelder .	764,1	SW still	bedeckt	9,4
Sylt .	761,7	WSW schw.	Regen ²⁾	8,6
Hamburg .	764,3	SW schwach	bedeckt	8,8
Swinemünde .	764,7	WSW schw.	halb bed.	10,0
Neufahrwasser .	766,3	SSW leicht	wolkenlos ³⁾	8,9
Memel .	765,1	SSW schw.	heiter	5,7
Paris .	765,9	N leicht	bedeckt	10,8
Krefeld .	fehlt			
Karlsruhe .	765,5	NO schwach	wolkenlos	8,4
Wiesbaden .	766,6	NO still	wolkenlos	7,5
Kassel .	765,1	SO leicht	wolkenlos	8,6
München .	764,8	O mäßig	wolfig	4,4
Lipzig .	767,0	S leicht	wolkenlos ⁴⁾	8,0
Berlin .	765,9	SO still	wolkenlos	8,0
Wien .	764,5	NRW leicht	wolkenlos	5,4
Breslau .	766,5	NO leicht	heiter	5,5

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Staubregen. ³⁾ Nachts Reif. ⁴⁾ Früh etwas Reif.

Übersicht der Witterung.

Das barometrische Minimum im Nordwesten hat sich beträchtlich vertieft und verursacht in Christiania und stürmischen Südwest, über den britischen Inseln, wo das Barometer wieder gestiegen ist, mäßige bis starke nördliche Winde. An der deutschen Küste sind bei steigender Wärme und zunehmender Trübung schwache und südwestliche Winde eingetreten. Dagegen dauert im Süden die nördliche bis östliche Lustströmung noch fort, jedoch ist hier das Wetter ruhiger geworden und rasches Aufläufen eingetreten. Rizza: Nordwest, leicht, heiter, 15,2 Grad.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 20. Mai. (Schluß-Course.) Fest, Schluss schwächer.

Zond. Wechsel 20,457. Pariser do. 80,86. Wiener do. 171,25. R.-M. St.-A. 147. Rheinische do. 158. Hess. Ludwigsb. 98. R.-M.-Nr. Anth. 133. Reichsanl. 99. Reichsbank 150. Darmst. 142. Meiningen B. 95. Ost.-ung. Br. 71500. Kreditattien 236. Silberrente 62. Papierrente 61. Goldrente 75. Ung. Goldrente 90. 1860er Loose 124. 1864er Loose 316,20. Ung. Staatsl. 211,80. do. Ostb.-Ob. II. 84. Böh. Westbahn 190. Elisabethb. 159. Nordwestb. 132. Galizier 227. Franzosen*) 238. Lombarden*) 71. Italiener — 1877er Russen 91. II. Orientali. 60. Bentr.-Pacifici 109. Diskonto-Kommandit — Elbtalbahnh.

Nach Schlus der Börse: sr. ditalien 236. Franzosen 238. Galizier — ungarische Goldrente — II. Orientanleihe — 1860er Loose — III. Orientanleihe — Lombarden — Schweizer. Zentralbahn — Mainz-Ludwigshafen — 1877er Russen —

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Effeten-Sozietät. Kreditattien 235. Franzosen — Lombarden — 1860er Loose — Galizier 226. österreich. Silberrente — ungarische Goldrente 89. II. Orientanleihe 60. österr. Goldrente 75. Papierrente — III. Orientanleihe 60. 1877er Russen — Meiningen Bank — Still.

Wien, 20. Mai. (Schluß-Course.) Günstig. In Kreditattien fanden Deckungskäufe statt, übrige Spekulationspapiere, Renten und Bahnen behauptet, Valuten schwächer.

Papierrente 72,40. Silberrente 73,25. Oesterr. Goldrente 88,50. Ungarische Goldrente 105,60. 1854er Loose 123,50. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 175,00. Kreditloose 177,70. Ungar. Prämiens. 110,40. Kreditattien 276,90. Franzosen 278,75. Lombarden 84,00. Galizier 255,50. Reich. 125,00. Bardubitzer — Nordwestbahn 158,50. Elisabethbahn 186,50. Nordbahn 2462,00. Oesterreich-ungar. Bank — Türk. Loose — Unionbank 107,70. Anglo-Austr. 135,10. Wiener Bankverein 132,50. Ungar. Kredit 264,30. Deutsche Pläte 57,80. Londoner Wechsel 118,65. Pariser do. 46,95. Amsterdamer do. 98,20. Napoleons 9,45. Dusaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 58,42. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Gernowitz 167,00. Kronpr.-Rudolf 158,00. Franz-Josef 169,00.

Theisloose 107,20.

Petersburg, 20. Mai. Wechsel auf London 25. II. Orient-Anleihe 90. III. Orientanleihe 90.

Florenz, 20. Mai. 5 v. Et. Italienische Rente 93,62. Gold 21,86.

Paris, 20. Mai. (Schluß-Course.) Matt.

3 proz. amorph. Rente 86,95. 3 proz. Rente 85,35. Anleihe de 1872 118,65. Ital. 5 proz. Rente 85,60. Oesterr. Goldrente 75. Ung. Goldrente 91. Russen de 1877 94. Franzosen 597,50. Lombardische Eisenbahnen-Alten 180,00. Lombard. Prioritäten 272,00. Türk. de 1865 11,05. 5 proz. rumänische Anleihe 75,00.

Credit mobilier 718,00. Spanier extér. 17. do. inter. 16. Suezkanal-Alten — Banque ottomane 539. Societe générale 561. Credit foncier 1250. Egypt 301. Banque de Paris 1030. Banque d'escompte 100. Marknoten 58,42. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Gernowitz 167,00. Kronpr.-Rudolf 158,00. Franz-Josef 169,00.

Türkenloose 36,25. Londoner Wechsel 25,28.

Paris, 19. Mai. Boulevard-Verkehr. 3 proz. Rente —. Anleihe von 1872 118,77. Italiener 85,70. österreich. Goldrente 75. Ungar. Goldrente —. Türk. 11,10. Spanier extér. —. Egypt 301,25. Banque ottomane —. 1877er Russen —. Lombarden —. Türk. —. III. Orientanleihe —. Fest.

London, 20. Mai. Consols 99. Italien. 5pro. Rente 84. Lombarden 7. 3proz. Lombarden alte 10. 3proz. do. neue 10. 5proz. Russen de 1871 87. 5proz. Russen de 1872 87. 5proz. Russen de 1873 89. 5proz. Türk. de 1865 10. 5proz. fundierte Amerikaner 105. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Ungar. Gold. Rente 90. Oesterr. Goldrente 74. Spanier 17. Egypt 2.

Preuß. 4 prozent. Consols 99. 4 prozent. hair. Anleihe 98.

Wechselnotirungen: Deutsche Pläte 20,64. Wien 12,15. Paris 25,47. Petersburg 24.

Platzdiskont 25 v. Et.

Newyork, 19. Mai. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 85. Wechsel auf Paris 5,18. 5 p. fund. Anleihe 103. 4 p. fundierte Anleihe von 1877 107. Crie-Bahn 36. Central-Pacific 1,2. Renov. Centralbahn 125.

Produkten-Course.

Köln, 20. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loko 24,50. fremder loko 25,50. pr. Mai 23,75. pr. Juli 22,50. pr. November 20,40. Roggen loko 20,50. pr. Mai 18,45. pr. Juli 16,80. pr. November 15,70. Hafer loko 15,50. Rüböl loko 28,50. pr. Mai 28,20. pr. Oktober 29,50.

Bremen, 20. Mai. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Stan-

dard white loko 7,10. pr. Juni —. pr. Juli 7,25. pr. August-Dezem-ber 7,65. Mais bezahlt.

Hamburg, 20. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loko und auf Termine ruhig. Roggen loko ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. Mai 216 Br. 215 Gd. pr. September-Oktober 201 Br. 199 Gd. Roggen pr. Mai 171 Br. 170 Gd. pr. September-Oktober 154 Br. 152 Gd. Hafer unver. Gerste matt. Rüböl ruhig, loko 56. pr. Ott. 58. Spiritus ruhig, pr. Mai 51 Br. pr. Juni-Juli 51 Br. pr. Juli-August 51 Br. pr. August-September 51 Br. Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sac. Petroleum fest, Standard white loko 7,20 Br. 7,10 Gd. pr. Mai 7,10 Gd. pr. August-Dezember 7,65 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Berl., 20. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen loko angenehmer. Termine wenig verändert. pr. Herbst 10,30 Gd. 10,35 Br. Hafer pr. Herbst 6,10 Gd. 6,20 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,65 Gd. 7,70 Br. Kohlraps pr. August-September 13. Wetter: Schön.

Paris, 20. Mai. Produttenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Mai 32,50. pr. Juni 30,75. pr. Juli-August 28,50. pr. Sept.-Dezember 26,75. — Roggen ruhig, pr. Mai 23,00. p. Juni —. p. Juli-August —. —, pr. Sept.-Dez. 18,75. Mehl fest, pr. Mai 67,25. pr. Juni 66,00. pr. Juli-August 62,00. pr. September-Dezember 60,00. Rüböl fest, pr. Mai 77,75. pr. Juni 78,25. pr. Juli-August 79,00. pr. September-Dezember 80,50. Spiritus beh. pr. Mai 70,75. pr. Juni 69,90. pr. Juli-August 67,75. pr. September-Dezember 63,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 20. Mai. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Mai pr. 100 Kilogr. 58,50. 7,9 pr. Mai pr. 100 Kilogramm 64,50. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. Mai 67,75. pr. Juni 66,75. pr. Juli-August 66,00. pr. September-Dezember —.

London, 19. Mai. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 25,000, Gerste 1600, Hafer 51,000 Orts.

Weizen und Mais fest, Hafer & sh. theurer. — Wetter: Schön.

London, 19. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit gestern Montag

Produkten-Börse.

Berlin, 20. Mai. Wind: NW. Wetter: Schön. Weizen per 1000 Kilo loko 200—235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 223½—224—223½ bezahlt, per Mai-Juni 222½—223½—223 M. bez., per Juni-Juli 219½ bis 218½ M. bez., per Juli-August 206½—205½—207—206 M. bez., per September-Oktober 200½—200½ M. bez., per November-Dezember — M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez. Gefündigt 3000 Zentner. Regulierungspreis 223½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 173—181 M. nach Qualität gefordert. Russ. — a. B. bez., inländischer — M. ab Bahn bez., Hochzeit — M. ab B. bez., feiner — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 178½—6½ M. bez., per Mai-Juni 172 bis 171—171½ bez. B. 171 G. per Juni-Juli 166½—166 M. bez. B., per Juli-August 160—159 M. bez., per Sept.-Okt. 157 bis 156½ M. bez. Gefündigt 16000 Str. Regulierungspreis 178 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 146—167 nach Qualität gefordert, Russischer 150—158 bezahlt, Pommerscher 159—161 bez., Ost- und Westpreußischer — bez., Schlesischer 159—161 bez., Böhmisches 159—161 bezahlt, Galizischer — bez., per Mai 145½—145 bez., per Juni-Juli 145 bez., per Juli-August 144 M. bez., per August-Sept. — bez., per Sept.-Okt. 142—1—2 M. bez. Gef. 6000 Zentner. Regulierungspreis 146 bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochmaise 170—205 M. Kutterwaare 160—168 M. Mais per 1000 Kilo loko 132—135 bez., nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer 132½ ab Kahn bez. — Weizen mehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00—26,00 M. — Roggen mehl incl. Sac. 0: 25,50—24,50 M., 0/1: 24,25—23,25 M. per Mai — bez., per Mai-Juni 24,00—23,95 bez., per Juni-Juli 23,65—23,55 bez., per Juli-August 23,15—23,05 bez.,

Berlin, 20. Mai. Im gestrigen Nachgeschäft hatten die Course der leitenden Spielpapiere noch eine ziemlich namhafte Steigerung durchgesetzt und da von außerhalb der Haltung nur eine mäßige Unterstützung geboten ward, so hatte es heute bei Eröffnung den Anschein, als solle sofort auf Gewinnnahmen eine Reaktion eintreten. Auch wurden die niedrigeren Eisen-Notirungen aus Glasgow für einen Stillstand der Aufwärtsbewegung geltend gemacht. Doch fand derselbe nur sehr kurze Zeit statt; angeblich waren es zunächst Deckungskäufe, welche die steigende Bewegung wieder in Fluss brachten, und neben diesen sollten auch Bestrebungen thätig sein, die Kontremine durch Festhalten und Anlaufen der Stücke in Verlegenheiten zu bringen. Dass eine künstliche, aber recht geschickte und kräftige Mache thätig ist, unterliegt

Hönds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 20. Mai 1880.

Braunschweigische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,90	bz
do. neue 1876	4	99,90	bz
Staats-Anleihe	4	99,90	G
Staats-Schuldsch.	3½	97,00	bz
Ob.-Deichs.-Obl.	4½	103,00	G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,90	bz
do. do.	3½	94,25	bz
Schuldv. d. B. Rfm.	4½	102,00	G
Pfandbriefe:			
Berliner	5	103,80	G
do.	4½	108,00	G
Landich. Central	4	99,80	bzG
Kurz- u. Neumärk.	3½	93,00	G
do. neue	3½	91,75	G
do. neue	4½	100,40	bz
R. Brandbg. Cred.	4	103,30	G
Ostpreußische	3½	91,50	G
do.	4	99,50	bz
Pommersche	3½	91,50	G
do.	4	99,90	bz
Posenische, neue	4	99,60	G
Sächsische altl.	4	100,00	G
Schlesische altl.	3½	92,00	G
do. alte A. u. C.	4½	99,75	bzG
do. neue A. u. C.	4	102,20	bzG
Westpr. ritterisch.	3½	92,00	G
do.	4	99,75	bzG
do.	4½	100,70	bz
do. II. Serie	5	103,50	bz
do. neue	4	103,50	G
Rentenbriefe:			
Kurz- u. Neumärk.	4	100,10	G
Pommersche	4	100,10	G
Posensche	4	99,80	bzG
Breunische	4	99,80	G
Rhein- u. Westfäl.	4	100,00	G
Sächsische	4	100,10	G
Schlesische	4	100,40	bzG
Souveraines			
20-Frankstücke			
do. 500 Gr.			
Dollars			
Imperials			
do. 500 Gr.			
Fremde Banknoten			
do. einlösb. Leipz.			
Französ. Banknot.			
Desterr. Banknot.			
do. Silbergulden			
Russ. Noten 100 Rubl.			
Deutsche Fonds.			
P.-A. v. 50 a 100 Th.	3½	143,10	bz
Hess. Brs. a 40 Th.		283,75	bz
Bad. Br.-A. v. 67.	4	133,25	bz
do. 35 fl. Obligat.		174,90	bz
Bair. Präm.-Anl.	4	134,60	bzG
Braunschd. 20 Thl.-2		97,60	bz
Brem. Anl. v. 1874	4	98,75	bzG
Cöln.-Wld.-Pr. Anl.	3½	133,40	bz
Dest. St. Pr.-Anl.	3½	126,10	bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	121,00	bz
do. II. Abth.	5	119,80	bzG
Hb. Br.-A. v. 1866	3	189,00	bz
Lübben. Br.-Anl.	3½	185,50	bz
Medlenb. Eisenbch.	3½	91,40	bz
Meiningen. Loope		26,75	bzG
do. Br.-Pfdbr.	4	124,00	bzG
Oldenburger Loope	3	153,00	bz
D.-G.-C.-B.-Pfdbr.	5	107,40	bzG
do. do.	5	107,40	bzG
Dtsch. Hypoth. unf.	5	100,75	G
do. do.	4½	101,00	bzG
Mein. Hyp.-Pfd.	4½	100,75	bzG
Arodd. Grdr.-A. 5	5	100,00	bzG
do. Hyp.-Pfdbr.	5	100,00	bzG

Ausländische Fonds.				
Amerik. rdz.	1881	6	100,50	bzG
do. do.	1885	6		
do. Bds. (fund.)	5	101,10	bzG	
Norweg. Anleihe	4½			
Newark. St.-Anl.	6			
Desterr. Goldrente	4	75,60	bzB	
do. Pap.-Rente	4½	61,75	bz	
do. Silber-Rente	4½	62,20	bz	
do. Cr. 100 fl. 1858	4	114,75	bz	
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,90	bz	
do. do. v. 1864	3½	318,00	bz	
do. St.-Eibl. Aft.	5	90,10	bz	
do. Loope		212,00	bz	
do. Schatzb. I.	6			
do. do. kleine	6			
do. II.	6			
Italienische Rente	5	84,40	bzG	
do. Tab.-Obig. 6				
Rumäniener	8	108,50	bz	
Finnische Loope		50,20	bz	
Russ. Centr.-Bod.	5	77,75	bz	
do. Engl. A. 1822	5	86,40	G	
do. do. A. v. 1862	5	87,60	bz	
Russ. fund. A. 1870	5	88,75	bz	
Russ. cons. A. 1871	5	88,80	bz	
do. do.	1872	5	88,80	bz
do. do.	1873	5	89,40	bz
do. do.	1877	5	91,10	bzG
do. Boden-Credit	5	80,50	bz	
do. Pr.-A. v. 1864	5	151,40	bz	
do. do. v. 1866	5	148,25	bz	
do. 5. A. Stieg.	5	62,10	G	
do. 6. do. do.	5	83,40	bz	
do. Pol. Sch.-Obl.	4	81,75	bz	
Poln. Pfdbr. III. G.	5	65,70	bzG	
do. do.	4			
do. Liquidat.	4	56,60	bzG	
Türk. Anl. v. 1865	5	11,10	bz	
do. do. v. 1869	6			
do. Loope vollges.	3	29,00	bzG	

*) Wechsel-Course.			
Amsterd. 100 fl. 8 T.		169,20	bz
do. 100 fl. 2 M.		168,40	bz
London 1 Lstr. 8 T.		20,45	bz
do. do. 3 M.		20,315	bz
Paris 100 Fr. 8 T.		80,85	bz
do. do.			
Luige Tief. 3 T.		115,60	bz
do. do. 2 M.		61,10	bz
Magdeburg. Bergm.		129,50	bzB
Marienhüt. Bergm.		71,50	bzB
Menden u. Schw. B.		90,75	bzG
Oberschl. Eis.-Bed.		62,00	bzG
Ostend			
Phönig B.-A. Lit. A		80,25	bzG
Phönig B.-A. Lit. B.		45,00	bzG
Hedenhütte conj.		174,00	bzG
Rhein.-Naß. Bergm.		92,00	bzG
Stobwasser Lampen		23,00	G
Unter den Linden		7,90	B
Wöhrlert Maschinen		52,00	G

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 v.Ct., Bankdokto in Amsterdam 3, Bremen — Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Bremen — Burg —, Leipzig —, London 3, Paris 2½, Petersburg 6, Wien 4 v.Ct.			
100,00	bzG	107,40	bzG
100,75	G	101,00	bzG
100,00	bzG	100,00	bzG
100,00	bzG	100,75	bzG

vr. August-September — M. bez., vr. Sept.-Okt. 22,60—22,50 M. bez.